

Josef Gruber **Kommunalwahlen in Bulgarien**

■ Rückblick

Die kommunale Selbstverwaltung hatte in Bulgarien bis zur kommunistischen Machtübernahme 1944 durchaus Tradition. Nach der Befreiung Bulgariens von osmanischer Herrschaft wurde 1879 in Tarnovo, vor allem in Anlehnung an das belgische Grundgesetz, eine sehr liberale Verfassung angenommen, in der bereits in Kapitel 1, Art. 3 die kommunale Selbstverwaltung festgeschrieben war: „Das Landesterritorium ist in Bezirke, Kreise und Gemeinden eingeteilt. Ein besonderes Gesetz wird diese administrative Einteilung, beruhend auf den Prinzipien der Selbstverwaltung der Gemeinden, regeln.“

Nach der Machtübernahme durch die BKP im Jahre 1944 wurde 1947 eine Verfassung angenommen, die die kommunale Selbstverwaltung zunichte machte. Im Einklang mit dem sozialistischen Zentralismus wurden darin die örtlichen „Kreis- und Gemeindevolksräte“ einfach als „örtliche Organe der Staatsmacht“ definiert. Diese Verfügung wurde auch durch Art. 110 der Verfassung von 1971 bestätigt, obgleich dort der Begriff „Selbstverwaltung der Bevölkerung“ auftaucht: „Die Organe der Staatsmacht und der Selbstverwaltung der Bevölkerung in den Gemeinden, Stadtbezirken und Bezirken sind die Gemeinde-, Stadtbezirks- und Bezirksvolksräte.“

Die Wende 1989/90 fiel mit dem Ablauf der Legislaturperiode dieser Körperschaften mit der Bezeichnung „Volksräte“ zusammen, aus verständlichen Gründen konnten jedoch nicht sofort Neuwahlen ausgeschrieben werden. Nach den ersten halbwegs freien Parlamentswahlen 1990 erklärte sich die noch regierende

Am 16. und 23. Oktober 1999 fanden die dritten freien Kommunalwahlen in Bulgarien seit der Wende 1989 statt. Die erste, parallel zu den Parlamentswahlen 1991 durchgeführte kommunale Abstimmung endete mit einem Sieg der Union Demokratischer Kräfte (UDK). Die zweiten Kommunalwahlen 1995 bescherten der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) einen erdrutschartig anmutenden Wahlsieg, wenngleich die aufmerksame Analyse diesen Eindruck bis zu einem gewissen Grade relativiert. Infolgedessen dominierte auch nach der Regierungsübernahme durch die Vereinigten Demokratischen Kräfte (VDK) 1997 auf lokaler Ebene weiterhin die keineswegs reformfreundlich eingestellte BSP. Die von vielen Meinungsforschern und Politikwissenschaftlern geäußerten Vorhersagen eines ähnlich starken Abschneidens der VDK wie 1997 erfüllten sich nicht ganz. Dennoch sind die VDK als Sieger aus der Abstimmung hervorgegangen. Trotz gewisser Teilerfolge vermochte die BSP ihren Abwärtstrend nicht aufzufangen.

Bulgarische Kommunistische Partei (BKP), die sich inzwischen in Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) umbenannt hatte, vor allem auf Betreiben des damaligen Vorsitzenden der antikommunistischen Sammlungsbewegung „Union Demokratischer Kräfte“ (UDK) und späteren Staatspräsidenten Sheljū Shelev bereit, die „Volksräte“ durch zeitweilige Exekutivausschüsse, die paritätisch von den im Parlament vertretenen politischen Parteien besetzt waren, auszutauschen. Der ‚Primus inter pares‘ darin wurde zumeist von der aus den Parlamentswahlen als stärkste Kraft in der Ortschaft hervorgegangenen Partei gestellt. Das verschaffte der Hauptstadt Sofia am 17. Oktober 1990 den ersten nichtkommunistischen Bürgermeister seit 1944, den Vorsitzenden der Grünen Partei in der UDK Alexander Karakatschanov (der übrigens bereits 1991 aus der Union ausgeschieden ist und sich der BSP angenähert hat).

Die Entscheidung der Opposition, Verantwortung auf kommunaler Ebene vor dem eigentlichen Wahlgang zu übernehmen, ist im nachhinein von Politikern aus den Reihen der UDK und Politikwissenschaftlern häufig kritisiert worden. Zu diesem Zeitpunkt befand sich das Land nämlich in einer politisch und wirtschaftlich desolaten Lage, ihres Erachtens konnte durch die oppositionelle Beteiligung an der Kommunalverwaltung die BKP/BSP einen Teil der Verantwortung für die sich verschlechternde Situation auf die UDK abwälzen. Im übrigen behielten die Sozialisten ungeachtet der paritätischen „Exekutivausschüsse“ in den meisten der insgesamt 262 Gemeinden die volle Kontrolle über die niedrigeren Verwaltungsebenen, weil die dort tätigen „Experten“ ihnen gegenüber zumeist loyal waren.

Die zweiten freien Wahlen fanden im Oktober 1991 statt, parallel dazu wurden zum ersten Mal auch freie Kommunalwahlen abgehalten. Der Urnengang zum Parlament, der mit einem knappen Sieg der UDK vor der BSP ausging, infolgedessen die erste nichtkommunistische Regierung seit 1944 gebildet werden konnte, ist seitdem Gegenstand zahlreicher Analysen und Kommentare gewesen. Hingegen waren die zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlen niemals Objekt besonderer Aufmerksamkeit, ja noch nicht einmal die Endergebnisse sind jemals offiziell veröffentlicht worden. Doch schon ein flüch-

tiger Blick genügt, um sich davon zu überzeugen, daß der Ausgang dieser Wahlen gleichsinnig mit dem der Parlamentswahlen gewesen ist. Insgesamt war die UDK dabei in 94 Gemeinden siegreich, in denen 6,02 Millionen Einwohner lebten. Die BSP vermochte 120 Gemeinden für sich zu gewinnen, deren Bevölkerungszahl insgesamt 2,077 Millionen betrug. Die restlichen Gemeinden gingen an die Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF), die die türkische Minderheit vertritt, einige wenige auch an die Bauernpartei. Von besonderer Wichtigkeit dabei war, daß die UDK die Hauptstadt Sofia und sämtliche Großstädte mit über 100 000 Einwohnern erobern konnte. In Sofia wurde bereits im ersten Wahlgang Prof. Alexander Jantschulev mit absoluter Mehrheit zum Oberbürgermeister gewählt.

In Bulgarien gibt es 38 Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern (dazu zählen auch die 31 Bezirksstädte). In 31 davon wurden die Bürgermeister von der UDK gestellt (davon in 28 Bezirksstädten), in sechs von der BSP (davon drei Bezirksstädte) und in einer von der BRF. Die Bürgermeister von der BSP wurden vornehmlich in Städten mit weniger als 20 000 Einwohnern gewählt.

Erheblich davon abweichend war das Verhältnis bei den Bürgermeistern kleiner Ortschaften, die Teil größerer Gemeinden sind. Sie wurden laut dem damals geltenden Gesetz von der Bevölkerung direkt gewählt, waren aber nichtsdestoweniger dem Gemeindebürgermeister unterstellt und verfügten über keine Haushaltshoheit. Hier lag das Übergewicht eindeutig auf der Seite der BSP mit 1800 Bürgermeistern gegenüber 480 von der UDK.

Das erste demokratische Kabinett unter dem UDK-Vorsitzenden Philip Dimitrov wurde nach kaum einem Jahr Amtszeit infolge der aufgekündigten Gefolgschaft durch den Koalitionspartner BRF von einer prosozialistischen und reformfeindlichen Regierung unter dem parteilosen Prof. Ljuben Berov abgelöst. Aus den vorgezogenen Parlamentswahlen am 18. Dezember 1994 ging dann die BSP nebst Koalitionspartnern mit einer absoluten Mehrheit der Sitze hervor. Die Sozialistische Partei hatte es verstanden, die „Zeitlosigkeit“ (*beswremieto*) des Berov-Kabinetts für ihre Zwecke auszunutzen und

eine Nostalgie nach der vermeintlichen Stabilität und Sicherheit der Ära des Realsozialismus wachzurufen.

Die Kommunalpolitik der Berov- und Videnov-Regierungen war auf eine maximale Zentralisierung der Macht sowie vor allem auf eine Auszehrung der „blauen“¹⁾ Gemeinden gerichtet, deren Haushalts-subventionen vielerorts vorsätzlich zugunsten „roter“ Kommunen zusammengestrichen wurden, so daß ihre finanzielle Situation immer angespannter wurde. Einschneidende (wirtschaftliche) Reformen, die eine Abwanderung von linken Sympathisanten zur Folge haben könnten, wurden von diesen Kabinetten zunächst aufgeschoben bzw. nie in Angriff genommen. Auf der anderen Seite erwiesen sich viele, wenn nicht gar die meisten Bürgermeister der UDK als ihren Aufgaben kaum gewachsen. Neben buchstäblicher Inkompetenz gab es auch Fälle von Verstrickungen mit dubiosen, mafiosen Strukturen, manche scheuten noch nicht einmal vor einer offenen Zusammenarbeit mit dem politischen Opponenten – der BSP – zurück. Nicht wenigen wurde im Verlaufe ihrer Amtszeit daher das Vertrauen durch die UDK-Regionalstrukturen bzw. die nationale Leitung entzogen, andere schieden freiwillig aus der UDK aus. Da zum Zeitpunkt ihrer Wahl 1991 die Archive der ehemaligen kommunistischen Geheimpolizei DS noch unzugänglich waren, erscheint es überdies in der Rückschau plausibel, daß ein möglicherweise nicht unbedeutender Teil der Bürgermeister der Union Agenten der Staatssicherheit gewesen waren.

Nach den für sie außerordentlich erfolgreichen Parlamentswahlen von 1994 war die BSP bestrebt, auch die Kommunalwahlen vom 29. Oktober 1995 für sich zu entscheiden. Die Oppositionsführer ihrerseits hatten begriffen, daß die zahlreichen Spaltungen, Umgruppierungen und Kompromisse mit den Sozialisten in der Vergangenheit zum schlechten Abschneiden bei den Wahlen 1994 beigetragen hatten. So wurden im Vorfeld der Kommunalwahlen im Herbst 1995 die ersten Versuche zur Bildung verschiedener oppositioneller Koalitionen unternommen.

Beim Urnengang selbst schrumpften sowohl das linke als auch das oppositionelle Spektrum infolge der geringen Wahlbeteiligung, die lediglich 57,87 Prozent betrug (1994 demgegenüber 75,27 Prozent). Die BSP vermochte ihre führende Rolle zu behaupten

1) Blau ist die Farbe der UDK,
rot die der BSP.

und eroberte die Kommunalverwaltungen in den meisten Landesteilen. Triumphierend präsentierten die Sozialisten auf einer Pressekonferenz eine Karte Bulgariens, die nahezu vollständig in roter Farbe gehalten war, mit hier und da eingesprenkelten, kleinen blauen Inseln.

Unter Aufbietung aller Kräfte gelang es der UDK, nur ihre traditionellsten Hochburgen – die Hauptstadt Sofia sowie einige weitere Großstädte, darunter Plovdiv und Varna – zu halten.²⁾ Darin lebten allerdings ca. 2,2 Millionen Menschen bzw. 25 Prozent der Gesamtbevölkerung. In Sofia wurde Stefan Sofianski mit ca. 58 Prozent der Stimmen Oberbürgermeister. Die BRF war erwartungsgemäß in den Dörfern und Kleinstädten der verhältnismäßig kompakten Siedlungsgebiete der Türken – dem Nord- und Südosten – konkurrenzlos. Trotz des von der BSP für sich beanspruchten Sieges war der Ausgang dieser Wahl alles in allem eher zwiespältig. Den Sozialisten war es zwar geglückt, in über 70 Prozent der Gemeinden siegreich zu sein, der Vorsitzende der UDK, Iwan Kostov, erklärte jedoch nicht ganz zu Unrecht: „Man kann nicht behaupten, die Wahlen gewonnen zu haben, wenn man in der Hauptstadt und allen Großstädten unterlegen ist.“ Zudem wird aus der Stimmenverteilung für die Kommunalparlamente deutlich, daß die Opposition in dieser Hinsicht mit den Sozialisten gleichgezogen hatte. Die große Diskrepanz in der Zahl der Bürgermeisterposten rührt von der ungleichen geographischen Verteilung der Stimmen her. Es zeichnete sich bereits ab, daß die BSP den Gipfel ihrer zeitweiligen Popularität überschritten hatte und ihr Rückhalt in der Bevölkerung zu bröckeln begann.

Die neugewählten sozialistischen Bürgermeister konnten allerdings kaum den in sie gesetzten Erwartungen gerecht werden. Eine Überprüfung des Rechnungshofes in 84 Gemeinden hat beispielsweise ergeben, daß in 78 von ihnen das Gesetz über die kommunalen Haushalte zum Teil drastisch verletzt worden ist. Eine ganze Reihe roter Bürgermeister wurden im Laufe der Zeit wegen unlauterer Machenschaften und Korruption durch die Staatsanwaltschaft ihres Amtes enthoben, so daß sich mancherorts Neuwahlen erforderlich machten. In der Tat bescherten die ca. 20 abgehaltenen kommunalen

2) Außer diesen Bürgermeisterämtern großer Ortschaften gingen selbstverständlich auch eine Reihe von Bürgermeisterposten in kleinen und Kleinstgemeinden an die UDK.

3) Die Spalte ‚Opposition‘ umfaßt die Summe der für die UDK, Bauernpartei „Nikola Petkov“, Demokratische Partei, BRF, BSDP und Koalitionen, an denen sie beteiligt waren, abgegebenen Stimmen.

	BSP	Opposition ³⁾	andere
Großstädte	314 085	443 974	206 510
Städte	622 026	487 705	293 489
Dörfer	618 274	630 905	316 260
Bulgarien insgesamt	1 554 385	1 562 584	816 259

Quelle: E. Arnaudova, I. Ilarionov, *Moral na upravle - niето i elektorалna dinamika*, Sofia 1996, S. 44.

Nachwahlen seit 1995 der BSP beinahe ausnahmslos eine Niederlage, der UDK gelang es sogar, Einbrüche in traditionelle rote Hochburgen zu erzielen. Für die Entscheidung der Bürger dürften in diesen Fällen gewiß nicht allein kommunalpolitische Gesichtspunkte, sondern auch die Ergebnisse der Regierungstätigkeit des immer unglücklicher agierenden sozialistischen Kabinetts ausschlaggebend gewesen sein.

Nach dem Fiasko der Regierungstätigkeit der BSP regiert seit den vorgezogenen Parlamentswahlen vom April 1997 die Koalition „Vereinigte Demokratische Kräfte“ (VDK), die sich aus der Union Demokratischer Kräfte (UDK) und der Volksunion (VU) zusammensetzt, mit einer satten absoluten Mehrheit (Premier Iwan Kostov). Stärkste Oppositionskraft, jedoch weit abgeschlagen, ist die Sozialistische Partei mit 22 Prozent der Stimmen, die Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF) und die Eurolinke Partei haben die Vier-Prozent-Sperrklausel wenn auch relativ knapp überwinden können. Die ebenfalls sehr kleine Fraktion des Bulgarischen Businessblocks (BBB) ist mittlerweile zerfallen.

■ Die Wahlen vom 16. und 23. Oktober 1999

Kommunale Abstimmungen lassen sich nicht ohne weiteres nach dem Muster von Parlamentswahlen analysieren und pauschalisieren, weil aufgrund ihrer Eigentümlichkeiten die regionale Variabilität erheblich sein kann. Feinanalyse und Gesamtauswertung bereiten daher teilweise erhebliche Schwierigkeiten. Manche Kommentare einheimischer Politiker und Journalisten sowie westlicher Nachrichtenagenturen waren in diesem Sinne zu vorschnell. Nichtsdestoweniger zeichnen sich gewisse Tendenzen ab, die bestimmte Einschätzungen ohne Anspruch auf Vollständigkeit erlauben. Der Übersichtlichkeit halber teilen wir unsere Schlußfolgerungen in zwei Grup-

pen ein – die der bestätigten Erwartungen und die der mehr oder minder großen Überraschungen.

Bestätigte Erwartungen

Die Wahlen waren nach der übereinstimmenden Ansicht der auf Drängen der Opposition von der Regierung eingeladenen ausländischen Wahlbeobachter sowie der Oppositionspolitiker selbst frei und fair.

Im Vorfeld wurde darauf hingewiesen, daß die Wahlbeteiligung den größten Unsicherheitsfaktor bei allen Prognosen darstellt, sie jedoch aller Voraussicht nach unter dem Niveau der Parlamentswahlen von 1997 liegen werde. Die Tendenz in Richtung einer relativ niedrigen Wähleraktivität bei kommunalen Urnengängen hat sich tatsächlich bestätigt. Zu beachten wäre hier allerdings, daß es neun Millionen bulgarische Staatsangehörige gibt, von denen aber 600 000 bis 700 000 permanent im Ausland, vor allem in der Türkei, leben. In die Wählerverzeichnisse wurden 6,9 Millionen Wähler aufgenommen, im Lande halten sich aber nur ca. 6,2 Millionen auf. Auf die tatsächlich anwesenden Wähler bezogen, dürfte die Wahlbeteiligung über 50 Prozent betragen haben. In der Tat geht die Zentrale Wahlkommission von 51,59 Prozent (3 558 572) aus – gewiß kein sonderlich hoher Wert, doch keinesfalls in einer Größenordnung, um etwa Zweifel an der Legitimität der Abstimmung anzumelden, zumal das bulgarische Wahlgesetz keinerlei Auflagen hinsichtlich der Wahlbeteiligung macht. Die regionalen Schwankungen sind indessen sehr bedeutend. Mancherorts, z. B. im Regionalzentrum Pleven, übertraf die Wähleraktivität den Wert der Parlamentswahlen 1997, in der Großstadt Varna lag sie hingegen bei kaum über 30 Prozent.

Die seit 1990 beobachtete Tendenz eines monotonen Falls der Wahlbeteiligung in Großstädten mit über 100 000 Einwohnern hat sich im großen und ganzen fortgesetzt – 1995 machten sich noch ca. 45 Prozent der Großstadtbewohner die Mühe, zu den Urnen zu gehen, diesmal waren es teilweise unter 40 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag in kleineren Ortschaften und Dörfern erwartungsgemäß im allgemeinen höher.

Bestätigt hat sich die Annahme, daß die VDK von einer eher niedrigen Wahlbeteiligung profitieren. Die Anhänger der demokratischen Kräfte waren disziplinierter als die Anhänger der BSP, doch kostete die

große Zahl der Nichtwähler letztlich auch die demokratischen Kräfte viele Stimmen.

Der bei Parlamentswahlen seit 1990 beobachtete Prozeß der Parteienkonzentration hat sich nicht fortgesetzt. Ca. 35 Prozent der Listenstimmen gingen an kleine Gruppierungen. Das scheint eine Eigenart kommunaler Abstimmungen zu sein, denn auch aus westlichen Demokratien ist bekannt, daß auf Gemeindeebene kleine Parteien, lokale Wählervereinigungen usw. durchaus ernstzunehmende Konkurrenten der etablierten Parteien sein können. Der kommunalpolitische Raum ist daher nunmehr sehr heterogen und politisch unklarer definiert. Bei 96 für die Wahlen registrierten Formationen ist das im Grunde nicht weiter verwunderlich.

Infolgedessen bleibt die Gruppe der Nichtwähler und politisch orientierungslosen Wähler wie 1997 die größte Wählergruppe.

Die VDK steigen erwartungsgemäß zur stärksten Kraft in den meisten Kommunalparlamenten auch in manchen Regionalzentren auf, in denen sich Bürgermeisterkandidaten der BSP oder von ihr unterstützte ‚Unabhängige‘ durchgesetzt haben. So stellt die VDK z. B. in der künftig von einem unabhängigen, von der BSP gestützten Bürgermeister regierten Großstadt Russe 20 Gemeinderäte, die BSP lediglich 16, analog in Stara Sagora, wo das Verhältnis 20 zu 17 beträgt, desgleichen in Varna mit 22 Stadträten von den VDK und 12 von der BSP.

Die Zahl der von den einzelnen politischen Kräften eroberten Bürgermeisterposten ist (noch) nicht ganz klar. Letzte Zahlen sprechen von 80 Gemeinden für die VDK und 78 für die BSP, 40 Gemeinden werden von unabhängigen, zumeist von den VDK oder der BSP unterstützten Bürgermeistern regiert werden, der Rest von den kleineren Parteien, was im Rahmen der Prognosen liegt.

In der Hauptstadt Sofia hat sich Stefan Sofianski von den VDK mühelos im ersten Wahlgang durchsetzen können. Die VDK haben ihre absolute Mehrheit im Stadtrat, wie vorausgesagt, ausgebaut und verfügen nunmehr über 38 der 61 Mandate, die BSP hat ihr Ziel, mindestens ein Drittel der Mandate zu erobern – wie vorhergesagt –, verfehlt und ist auf 14 Stadträte abgerutscht.

Der erwartete Sieg der von der BSP unterstützten, populären ‚unabhängigen‘ Kandidaten in den großen Regionalzentren Russe und Burgas ist eine Tatsache.

Die Eurolinke (eine Abspaltung der BSP) büßt an Einfluß ein und verliert gegenüber 1997 einen beträchtlichen Teil ihrer Sympathisanten. Ihr Kandidat Nikolaj Kamov ist in Sofia weit davon entfernt, eine Bedrohung für den BSP-Bewerber Rumen Owatscharov zu sein. Offenbar gibt es keine Wählerwanderungen von der BSP zu den „modernen Sozialdemokraten“.

Der Bulgarische Businessblock (BBB) liegt bei den Listenstimmen bei etwas über drei Prozent und läuft Gefahr, im nächsten Parlament nicht vertreten zu sein.

Die angekündigte erbitterte Auseinandersetzung in der seit 1990 unablässig von der Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF), die die türkische Minderheit vertritt, regierten Bezirksstadt Kardshali hat stattgefunden und ist zugunsten der VDK ausgegangen, die einen unabhängigen Kandidaten in der BRF-Hochburg aufgestellt hatte. Kein einheimischer Politologe oder Meinungsforscher hatte diese Entwicklung vorausgesehen. Das Resultat in Kardshali ist bemerkenswert und impliziert politische Konsequenzen von großer Tragweite, die noch zu diskutieren sind. Die BRF hat überdies auch weitere, traditionell von ihr beherrschte Gemeinden abgeben müssen.

Überraschungen

Es bereitet gewisse Schwierigkeiten, die exakte Zahl der für die einzelnen Parteien abgegebenen Listenstimmen zu ermitteln und Parallelen zu vorangegangenen Abstimmungen zu ziehen. Der Grund dafür ist, daß es keine Koalitionen auf zentraler Ebene wie 1997 gab, sondern – den Besonderheiten von Kommunalwahlen Rechnung tragend – eine Vielzahl lokaler Absprachen. Daher gibt es nur wenige Gemeinden, in denen die politischen Kräfte in exakt denselben Konfigurationen wie bei den Parlamentswahlen oder den vorangegangenen Kommunalwahlen 1995 antreten. So existieren beispielsweise strenggenommen keine Vereinigten Demokratischen Kräfte (VDK), „Demokratische Linke“ oder „Union für Nationale Rettung“ im Sinne von 1997, sondern bestenfalls mannigfaltige Koalitionen, an denen die Union Demokratischer Kräfte (UDK, stärkste Kraft

in den VDK), die BSP (stärkste Kraft in der Demokratischen Linken), BRF (stärkste Kraft in der Union für Nationale Rettung) usw. beteiligt sind, so daß den Zahlen nur bedingte Aussagekraft zukommt. Es gilt, dies zu beachten, wenn im Text von „VDK“, „UDK“ „BSP“, „BRF“ etc. die Rede ist. Man kann also nur bestimmte, häufig nicht unproblematische Stimmenadditionen vornehmen. Die UDK selbständig oder in verschiedenen Koalitionen gewinnt demnach 30,26 Prozent der Listenstimmen für die Gemeinderäte, die BSP in verschiedenen Konstellationen 25,01 Prozent, d. h., das von den meisten Demoskopern vorhergesagte Verhältnis von etwa 1,5-2:1 zugunsten der UDK ist nicht gegeben. Dabei büßten sowohl die UDK als auch die BSP Wähler gegenüber den Parlamentswahlen 1997 ein. Die UDK bringt es auf 984 362 Stimmen gegenüber 2 223 714 (52,26 Prozent) 1997, die BSP kommt auf 813 594 gegenüber 939 308 (22,07 Prozent) im Jahre 1997. Das Abbröckeln der UDK-Wählerschaft ist enorm, ihr Ergebnis ist aber immer noch um ca. 50 000 Stimmen besser als bei den letzten Kommunalwahlen 1995, mithin im Rahmen der Stammwählerschaft. Die BSP verliert gegenüber 1995 ca. 740 000 Stimmen und fällt zudem noch um ca. 130 000 Stimmen unter ihr historisches Tief von 1997. Das ist deutlich weniger als der von den Wahlforschern angenommene Wählerstamm. Insofern ist der Einbruch für die BSP in gewisser Weise dramatischer, sie hat nicht nur in keiner Weise vom Popularitätsverlust der Regierungsparteien profitieren können, sondern selbst noch Wähler eingebüßt. Besonders augenfällig wird diese Entwicklung u. a. in der Hauptstadt Sofia, wo die BSP mit ca. 18 Prozent ihr relatives Ergebnis von 1997 annähernd wiederholt; das aber bei einer weitaus niedrigeren Wahlbeteiligung, was viel weniger Wähler in Absolutzahlen zur Folge hat. Eine eingehende Analyse der Wählerwanderungen steht noch aus. Wenn man übrigens die parteipolitischen Präferenzen, wie sie in den Listenstimmen für die Gemeinderäte deutlich werden, als Votum im Sinne von hypothetischen Parlamentswahlen uminterpretiert (wogegen natürlich – berechtigterweise – starke Einwände erhoben werden können), dann erhielten die VDK – je nach Hilfhypothese in Abhängigkeit vom Gewicht der kleinen Parteien, die die Vier-Prozent-Hürde überwinden würden – min-

destens 99 und höchstwahrscheinlich 110 Abgeordnete (jetzt 137), die BSP mindestens 71 und höchstwahrscheinlich 88 (jetzt 58) von insgesamt 240.

Noch aufsehenerregender sind die Einbrüche der BRF-Wählerschaft, die auf 232 841 Stimmen (7,16 Prozent) kommt und damit ca. 90 000 Stimmen gegenüber 1997 (323 429) verliert. Das ist insoweit bemerkenswert, als die BRF-Anhänger als außerordentlich resistent gegenüber Wählerbewegungen galten und ihrer Partei unter fast allen Umständen die Treue zu wahren pflegten. Eine analoge Stimmenzahl läge bei Parlamentswahlen und der anzunehmenden höheren Wahlbeteiligung in der Größenordnung der Vier-Prozent-Sperrklausel.

Die BSP hat auf Anhieb die blaue Hochburg Stara Sagora erobert. Erstaunlicher noch: Im zweiten Wahlgang vermochte sich der von ihr unterstützte ‚unabhängige‘ Kandidat in der blauen Zitadelle Varna durchzusetzen.

Demgegenüber hat die VDK auf Anhieb die als uneinnehmbar geltenden roten Festungen Vidin und Montana einnehmen können. Die meisten bisher unerschütterlich roten Gemeinden in Nordwestbulgarien sind zum ersten Mal seit 55 Jahren größtenteils zu den VDK übergewechselt. Dasselbe gilt von der im Nordosten gelegenen, seit 1990 stets BSP-regierten Bezirksstadt Schumen. Der Sieg von VDK-Kandidaten in den eher roten Regionalzentren Pleven und Veliko Tarnovo ist ebenfalls überraschend.

Die VDK haben auf Bürgermeisterebene in den Regionalzentren insgesamt unerwartet schlecht abgeschnitten – sie stellen in nur elf (von 27) die Oberbürgermeister. Die BSP-Kandidaten und die von ihr unterstützten „Unabhängigen“ werden in 14 Zentren regieren, die Eurolinke in zwei. Allerdings leben in den VDK-regierten Regionalstädten ca. 2,6 Millionen Einwohner, in den BSP-regierten 1,8 Millionen.

Die VDK stehen dafür in mittleren und kleinen Ortschaften, die bislang traditionelle BSP-Hochburgen waren, überraschend gut da. Viele von ihnen werden zum ersten Mal seit der Wende 1989 von VDK-Bürgermeistern regiert werden. Die VDK-Wählerschaft ist nun wesentlich homogener und flächendeckender über das Land verteilt im Gegensatz zu der früher charakteristischen starken Konzentration in Sofia und den Großstädten.

Stefan Sofianski hat sich in Sofia mit einem noch über allen Erwartungen liegenden Ergebnis von 70 Prozent durchgesetzt.

Bei den vorangegangenen Urnengängen war das Votum der bulgarischen Wähler ohne Zweifel vorrangig durch parteipolitische Motive und erst in zweiter Linie durch die persönlichen Eigenschaften der Kandidaten determiniert. Dieses Prinzip scheint vielerorts durchbrochen – anders ist die häufig beobachtete Diskrepanz zwischen der politischen Ausrichtung der Bürgermeister und den Mehrheiten in den Kommunalparlamenten nicht zu erklären. Vermutlich haben diesmal mehr pragmatische als ideologische Motive einer gewissen Wechselbereitschaft, zumindest bezüglich der Bürgermeisterkandidaten, Vorschub geleistet. Dieses Phänomen wäre ein fast sensationell anmutendes Novum für Bulgarien, doch ist hier viel mehr tiefgründige Forschung nötig, um definitive Aussagen zu gewinnen.

■ Fazit

Sieger der dritten freien Kommunalwahlen in Bulgarien ist die Regierungskoalition VDK, doch ist ihr Abschneiden insgesamt zweifelsohne schwächer als zumeist prognostiziert. Die Gründe dafür mögen komplexer Natur sein und sind gewiß in objektiven, möglicherweise aber noch mehr in subjektiven Faktoren zu suchen. Zum einen ausschlaggebend war sicherlich der seit 1997 eingeschlagene Regierungskurs konsequenter wirtschaftlicher Transformationen und die damit einhergehenden sozialökonomischen Einschnitte. Die Kommunalwahlen fielen genau in die Mitte der Legislaturperiode, da viele der eingeleiteten Reformschritte noch nicht gegriffen haben und die Bevölkerung lediglich ihre negativen Konsequenzen zu spüren bekommt. Ministerpräsident Iwan Kostov (UDK) hatte ohnehin angekündigt, die Reformvorhaben „ohne Rücksicht auf Verluste durchziehen“ zu wollen. Zusätzliche ökonomische Nachteile für das Land sind durch die Kosovo-Krise entstanden. Unzufriedenheit ruft wahrscheinlich vor allem die noch im Vergleich zu anderen osteuropäischen Reformstaaten niedrige Kaufkraft der Bevölkerung hervor. Es können jedoch eine Reihe von subjektiven Fehlern und Unzulänglichkeiten auf Seiten der Regierungsparteien nicht geleugnet werden.

So hatte man bei der Auswahl der Kandidaten trotz der Vorwahlen (*primeries*), die man nach amerikanischem Muster durchführte, offenbar nicht immer eine glückliche Hand. Die besonders große Rolle der regionalen Parteistrukturen bei Kommunalwahlen ist bekannt, doch waren diese vielerorts infolge interner Probleme und Reibereien nicht auf der Höhe der Situation. Schließlich müssen auch Defizite in der Wahlkampfführung insgesamt in Betracht gezogen werden. Unhaltbar sind demgegenüber Behauptungen mancher ausländischen Beobachter, die VDK hätten unter anderem infolge ihrer prowestlichen Haltung während des NATO-Einsatzes in Jugoslawien an Sympathien verloren, denn gerade in den Serbien am freundlichsten gesinnten westlichen Landesteilen schneiden die demokratischen Kräfte überdurchschnittlich gut ab.

Andererseits war es der alles andere als reformfreundlich eingestellten BSP nicht vergönnt, die von Parteikreisen (insgeheim) gehegte Hoffnung eines Wahldebakels der Regierungsparteien aufgrund ihres marktwirtschaftlichen Kurses in Erfüllung gehen zu sehen. Ein allgemein in Osteuropa zu beobachtendes Phänomen ist, daß die Nachfolger der ehemaligen Staatsparteien bei kommunalen Abstimmungen oft überdurchschnittlich gut abschneiden. Das hängt vorrangig mit ihrer ausgedehnten und noch immer funktionstüchtigen Organisationsbasis aus ihrer Zeit als totalitäre Staatsparteien zusammen, die sie zu meist zum guten Teil intakt in die demokratische Gesellschaft hinüberretten konnten, was ihnen besonders bei Kommunalwahlen zustatten kommt. Dennoch hat die BSP denkbar wenig Vorteile aus der etwas gesunkenen Popularität der Regierung zu ziehen vermocht und ist ihrer erdrückenden Vormachtstellung auf kommunaler Ebene verlustig gegangen. Hatte die BSP 1991 noch eine Gefolgschaft von 27 Prozent aller Wähler und 1997 von 13,8 Prozent, so erstreckt sich ihre Anhängerschaft nach dem 16. Oktober 1999 auf nur noch 11,8 Prozent aller Stimmberechtigten. Insgesamt dürfte mit dem Wahlausgang und der Zurückdrängung des Einflusses rückwärtsgerandter Kräfte ein sehr großes innenpolitisches Hemmnis für die konsequente Fortführung der politischen und wirtschaftlichen Umgestaltungen, nunmehr auch in der bürgernahen Sphäre, bis zu einem gewissen Grade

fortfallen, was dem Reformkurs im Lande förderlich sein wird. Es ist überdies nicht ausgeschlossen, daß das trotz gewisser Teilerfolge nicht sonderlich überzeugende Ergebnis der Sozialisten die innerparteilichen Prozesse der Abgrenzung eines mehr reformerischen und eines nostalgisch-kommunistischen Parteiflügels voneinander weiter katalysieren wird.